



Nachdem sich Brasiliens ehemaliger Präsident Luiz Inácio Lula da Silva wegen Korruptionsvorwürfen vor Gericht verantworten muss, fordern Demonstranten seine Inhaftierung. Ähnlich wie in Brasilien sind auch in anderen lateinamerikanischen Ländern Menschen unzufrieden mit ihren linksgerichteten Regierungen.

Auf dem rechten Weg?

Die Zeit linker Regierungen scheint in Lateinamerika vorerst vorbei zu sein. Immer mehr Staaten werden liberal-konservativ regiert. Die Erwartungen der Wirtschaft sind hoch. Wie sich der Kurswechsel auf Argentinien, Brasilien, Chile und Mexiko auswirkt. Und was 2017 ansteht.

von *Jenny Eberhardt, Anne Litzbarski, Carl Moses, Edwin Schuh und Florian Steinmeyer*

Soetwas hatte es in der Geschichte des Handelsbündnisses Mercosur bisher nicht gegeben: Delcy Rodríguez, Außenministerin des sozialistischen Venezuela, stand beim Spitzentreffen im Dezember in Buenos Aires vor verschlossenen Türen. Venezuela war zuvor aus dem Handelsbündnis ausgeschlossen worden. Rodríguez kämpfte sich zwar später in den Saal – obwohl Ordner versuchten, sie daran zu hindern. Reden wollte weiterhin keiner mit ihr.

Der politische Wind in Südamerika hat sich gedreht. Paraguay und Uruguay werden schon länger wirtschaftsliberal regiert, seit Neuestem auch Argentinien und Brasilien. Dabei galt Lateinamerika jahrelang als Muster einer neuen linken Politik. Mit Beginn des Jahrtausends ergriffen in immer mehr Ländern der Region linke Regierungen die Macht, stießen progressive Reformen an und legten Sozialprogramme auf. Nicht zuletzt dank der Einnahmen aus einheimischen Rohstoffvorkommen entstand eine neue Mittelschicht. Doch dann war der Rohstoffboom vorbei. Viele links regierte Länder bekamen massive wirtschaftliche Probleme, die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wuchs. Weil die Regierungen dringend notwendige Strukturreformen zudem nicht oder zu langsam umsetzten, änderte sich das politische Klima.

Argentinien: Liberale Wende

Besonders deutlich fällt die politische Wende in Argentinien aus. Nach zwölf Jah-

Deutsche Unternehmen hoffen auf wirtschafts-politische Reformen und neue Projekte.

ren staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft durch die Kirchner-Regierungen hat der seit Dezember 2015 regierende Präsident Mauricio Macri das Land wieder auf marktliberalen Kurs gebracht. Zunächst nahm er sich das Geflecht der Devisen- und Importrestriktionen vor. Durch den Ausgleich der alten Schuldenkonflikte mit US-Gläubigern gelang eine rasche Rückkehr an den internationalen Kapitalmarkt. Die zuvor jahrelang eingefrorenen Strom- und Gaspreise will die Regierung nun drastisch anheben – Ziel: Anreize zum Energiesparen und für Investitionen setzen. Der Argentinische Peso durfte abwerten, die regulierten Preise konnten steigen. Beides gab der chronisch hohen Inflation zunächst noch einen zusätzlichen Schub, jetzt sinkt die Rate aber. Die Anpassungsrezession fiel tiefer und länger aus als erwartet. Das Bruttoinlands-

produkt (BIP) sank 2016 laut Angaben des Internationalen Währungsfonds um 2,4 Prozent. Doch nun geht es aufwärts. Für 2017 wird ein BIP-Wachstum um 3,0 Prozent erwartet, in den Folgejahren womöglich mehr.

Deutsche Unternehmen in Argentinien sind zuversichtlich. „Zumindest für die nächsten drei Jahre werden sich gute Geschäftsmöglichkeiten ergeben“, glaubt Alberto Belluschi, Chef des Automatisierungsspezialisten Festo in Argentinien. Siemens plant Projekte im Wert von fünf Milliarden Euro in den nächsten vier Jahren. Seit die Regierung die Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien verbessert hat, sind Wind- und Solarenergieprojekte im Wert von mehr als vier Milliarden Euro bis 2019 entstanden.

Ernesto Brokoff, der lokale Chef des Hydraulikspezialisten Hydac, hat ebenfalls schon wieder etliche Projekte gestartet. Die Kunden verlangten nach neuen Technologien für ihre Maschinen, vor allem der Landmaschinenbau. Viele Unternehmen seien technologisch im Rückstand. „Die müssen jetzt wettbewerbsfähig werden“, sagt Brokoff, „sonst werden sie von der ausländischen Konkurrenz überrollt.“

Brasilien: Reformer unter Druck

In Brasilien konnte Dilma Rousseff die Präsidentschaftswahl 2014 noch knapp für sich entscheiden, doch danach rauschten ihre Zustimmungswerte in den Keller. Der riesige Korruptionsskandal um den staatlichen Erdölkonzern Petrobras schürte die Wut der

Wandel mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten

Ob im Norden oder Süden: Lateinamerika befindet sich im Umbruch. Die Ausgangslage der einzelnen Länder – und was 2017 für sie ansteht.

Mexiko

Mexiko-Stadt, 8.851.000 Einwohner

- Die USA wenden sich ab. Die Regierung treibt deshalb die Gespräche über eine Vertiefung des Handelsabkommens mit der EU zügiger voran.
- Mexikanische Unternehmen müssen den technischen Stand ihrer Produkte verbessern.
- Deutschland kann Technik für vernetzte Produktion und moderne Energieerzeugung beisteuern.

Bevölkerung



Wachstum 2014–2017 (%)



BIP 2016 in Mrd. US\$

1.063,6

Chile

Santiago de Chile, 5.128.000 Einwohner

- Nach Steuer- und Bildungsreform tritt im April die Arbeitsmarktreform in Kraft.
- Das Kabinett wird in der verbleibenden Amtszeit die angestoßenen Umstrukturierungen fortführen und keine neuen ankündigen.
- Die Strategie, sich in den Weltmarkt einzubinden, dürfte unabhängig vom Wahlausgang bestehen bleiben.

Bevölkerung

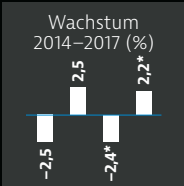
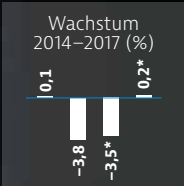


Wachstum 2014–2017 (%)



BIP 2016 in Mrd. US\$

234,9



Brasilien

Brasília, 2.481.000 Einwohner

- Die Regierung plant eine Renten- und eine Arbeitsmarktreform, will künftige Staatsausgaben deckeln.
- Der Korruptionsskandal im Erdöl- und Infrastruktursektor sorgt weiter für Unsicherheit.
- Entscheidend bleiben die Wechselkurse: Der Real war in der Krise abgestürzt, ist seitdem aber um rund 20 Prozent gestiegen.

Argentinien

Buenos Aires, 2.965.000 Einwohner

- Ökonomen urteilen: Die bisherigen Maßnahmen der Regierung haben die Wirtschaftspolitik bloß normalisiert.
- Tiefer gehende Reformen von Arbeitsrecht und Steuersystem stehen an.
- Die Regierung hat keine Mehrheit, muss ständig Kompromisse aushandeln. Die Parlamentswahlen im Oktober sollen ihr Mandat stärken.



Die in Chile regierenden Sozialdemokraten wollten ihre Bildungsreform mit Einnahmen aus dem Kupferabbau finanzieren. Dann brachen die Weltmarktpreise ein.

Bevölkerung. Rousseff wurde zwar nicht persönlich der Korruption beschuldigt, dennoch hatten sie und vor allem ihr Vorgänger Lula da Silva – beide von der Arbeiterpartei PT – den Bestechungsring zwischen Politik, Petrobras und den großen Baukonzernen des Landes geduldet und davon profitiert. Der folgende Stillstand bei Infrastrukturprojekten und die gleichzeitig fallenden Rohstoffpreise lösten eine schwere Wirtschaftskrise aus. Millionen Menschen gingen auf die Straße und machten Rousseff verantwortlich. Da sie auch im Kongress ihren Rückhalt verlor, wurde sie Mitte 2016 ihres Amtes enthoben.

Der konservative Michel Temer übernahm nach 13 Jahren PT-Herrschaft das Ruder. Mit liberalen Reformen und Investitionen des privaten Sektors will er die Wirtschaft wieder ankurbeln. Bislang konnte er davon allerdings wenig umsetzen, die politische Lage hat sich seit der Absetzung seiner Vorgängerin kaum stabilisiert. Laufend kommen neue Details zum Korruptionsskandal ans Tageslicht. Auch Temer selbst könnte in Bedrängnis geraten und die Bevölkerung

wieder auf die Straße treiben. „Die deutschen Unternehmen in Brasilien hoffen, dass die Regierung Temer stabil bleibt“, sagt Thomas Junqueira Ayres Ulbrich vom Verbindungsbüro des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau in São Paulo. Er erwartet, dass der Präsident seine Reformen durchsetzen kann.

„In den nächsten 12 bis 18 Monaten werden wir noch Unsicherheit wegen des Korruptionsskandals haben“, warnt der Deutsch-Brasilianer Vigold Georg, Geschäftsführer Brasiliens des deutschen Unternehmens Jungheinrich. Der Anbieter von Flurförderzeug-, Lager- und Materialflusstechnik wächst in Brasilien jedoch trotz Krise. In den letzten zwei Jahren hat das für seine Gabelstapler bekannte Unternehmen Standorte in Porto Alegre und Curitiba eröffnet und ist im Nordosten Brasiliens expandiert.

Chile: Kurswechsel möglich

Als Standort sei Chile noch immer die beste Option in der gesamten Region, fasst der deutschstämmige Wirtschaftsmagnat Horst

Paulmann Kemna zusammen, der jüngst erneut zum angesehensten Geschäftsmann des Landes gewählt wurde. Doch es gibt durchaus auch Unsicherheit: Die Chilenen wählen am 19. November 2017 einen neuen Präsidenten. Die Sozialdemokratin Michelle Bachelet hatte zu Beginn ihrer zweiten Amtszeit im Jahr 2014 die Kommunistische Partei ins Boot geholt. Den Stimmungstest, die Kommunalwahlen im Oktober 2016, gewann das rechte Oppositionsbündnis – wenn auch knapp.

Bachelet hatte ein kostenloses öffentliches Bildungssystem versprochen. Um diesen Plan zu finanzieren, hätten allerdings die Weltmarktpreise für Kupfer auf ihrem hohen Niveau bleiben müssen – Kupfer ist eins der wichtigsten Exportgüter des Landes. Doch die Preise fielen. Außerdem war Bachelets Vorhaben den Unternehmern zu teuer, obwohl gerade die Wirtschaft von besser ausgebildeten Fachkräften profitiert hätte. Das für Chile weiterhin ungewöhnlich träge Geschäftsklima könnte der Regierung nun die nächste Wahl verhaseln.

Seit im vergangenen Jahr das Verhältnismahlrecht eingeführt wurde, schießen neue Parteien wie Pilze aus dem Boden. Zum Jahresende wird sich zeigen, ob die Kleinen den etablierten Parteien das Wasser abgraben können. Die Finanzmärkte werten die Niederlage in der Kommunalwahl offenbar als Vorzeichen für einen Regierungswechsel. Am Tag danach stieg der Kurs des Chilenischen Peso deutlich.

»Viele Unternehmen sind technologisch im Rückstand. Die müssen jetzt wettbewerbsfähig werden. Sonst werden sie von der Konkurrenz überrollt.«

Ernesto Brokoff, Geschäftsführer des Hydraulikspezialisten Hydac in Argentinien

Mexiko: Gegenwind aus den USA

In Mexiko stehen erst 2018 Wahlen an, doch das Land ist momentan von einem abrupten Politikwechsel an anderer Stelle betroffen. Der neu gewählte US-Präsident Donald Trump hatte den südlichen Nachbarn schon im Wahlkampf stark angegangen und unter anderem eine Grenzmauer und einen empfindlichen Zoll auf mexikanische Fahrzeuglieferungen gefordert. Zu Beginn seiner Amtszeit legte Trump nach, unterschrieb ein Dekret für den Baustart der Mauer und erwägt einen allgemeinen 20-Prozent-Zoll auf mexikanische Waren, um die Grenzanlage zu finanzieren.

Ob es so weit kommt, ist unklar. Realistisch ist eine US-Steuerreform, die negative Auswirkungen auf alle Importe des Landes hätte – auch auf die aus Mexiko. Mexiko wird sich während Trumps Präsidentschaft nach alternativen Handelspartnern umsehen müssen. Das Freihandelsabkommen Nafta steht zur Disposition. Firmen, die zuvor von Mexiko aus den US-Markt bedient haben, werden in Zukunft genau überlegen, ob sie sich nicht direkt in den USA ansiedeln.

Der Gegenwind aus den USA trifft Mexiko zu einem schlechten Zeitpunkt. Durch das Ölpreistief der vergangenen Jahre sind die Staatseinnahmen gesunken und die öffentlichen Schulden gestiegen. „Die Regierung musste die Ausgaben kürzen“, erklärt Helge Jahn, Leiter der KfW Entwicklungsbank in Mexiko. „Sie hat weniger Handlungsspielraum.“ Für das Land ist die Suche nach neu-

ZAHLEN & FAKTEN

Mitgliedschaften in internationalen Wirtschaftszusammenschlüssen

Argentinien

Mercosur, Unasur, WTO, IWF, Rahmenabkommen über Zusammenarbeit zwischen EU und Mercosur in Kraft seit 1.7.1999

Brasilien

Mercosur, Unasur, WTO, IWF, Rahmenabkommen über Zusammenarbeit zwischen EU und Mercosur in Kraft seit 1.7.1999

Chile

Unasur, APEC, WTO, IWF, TPP (unterzeichnet am 4.2.2016, noch nicht ratifiziert), Assoziierungsabkommen mit der EU mit Freihandelsabkommen in Kraft seit 1.2.2003

Mexiko

Nafta, Sela, Aladi, WTO, IWF; Freihandelsabkommen mit der EU: seit 1.10.2000 in Kraft, seit Juni 2016 Verhandlungen über Erneuerung.

Aktueller Stand Nafta: In möglichen Neuverhandlungen des Nafta-Abkommens müssen alle drei Parteien den neuen Bedingungen zustimmen. Es ist nicht zu erwarten, dass Mexiko Bedingungen annimmt, welche seine wirtschaftliche Stellung bedeutend schwächen würden. Sollte Trump seine Drohung wahr machen, aus der Nafta auszutreten, ist hierfür eine Frist von sechs Monaten einzuhalten. Der Austritt muss vom US-Kongress beantragt werden, nicht vom Präsidenten. Rechtlich handelt es sich hierbei allerdings um eine Grauzone.

en Handelspartnern deshalb umso dringlicher. Es gibt dabei jedoch ein Problem: Die Märkte in Europa und Asien sind für die Mexikaner ungleich komplizierter, gibt Edmund Duckwitz zu bedenken, ehemaliger deutscher Botschafter in Mexiko und aktuell Berater der Kanzlei Von Wobeser y Sierra. In Europa seien die Qualitätsansprüche höher und die Margen geringer. Mexikanische Unternehmen müssen daher den technischen Stand ihrer Produkte verbessern. Die Voraussetzungen seien gut, meint Duckwitz: „Pkw-Hersteller wie Volkswagen und Audi zeigen, dass man von Mexiko aus für den Weltmarkt produzieren kann.“ Trotzdem: Es gibt noch einiges zu tun.



Solaranlage in Argentinien. Die Regierung Macri hat die Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien zuletzt deutlich verbessert.